

erBank
Kapital
neuen Mark
Cannstatt
an Ulm
s mit seinen Kohlen
zur Wasche holen!

RSIL
tägliche Waschmittel
Original-Packung, niemals los.

-Klinik.
tar einer verunglückten
uppen-Verletzungen, auch
ische Haararbeiten: Kopfbau
kulture, Haarschneiderei
wie meine elektr. Kopfmähne

lon Wilhelm Treiber
Gerndsaackerstr. 99.

eu nach.
macher(innen),
weiterinnen
Armbänder
enlehnmädchen
arz, Bijouteriefabrik.

Adolf Kraft,
Wilhelmstraße 5.
mützen jeder Art.
Versicherung.
ndige Bedienung.

ensfeld.
anten,
n Tagespreisen
brig, Göthestr. 29.

l und Mehle
und Pferde auf Lager,
Berechnung,
ittische, Selbstbrenn

or Sie
= Pelze
n Sie zuerst das
mann, Karlsruhe
1 Treppe hoch.
den hier
Eleg. Verarbeitung!
Preise!

Begabungspreis:
In Neuenbürg
Tuch die Post
und Oberamt
wie im sonstigen
Verkehr. K 16.30
mit Postgebühr.

Wollen von höherer
bedeutet kein Anspruch
auf Erteilung der Zeitung
auf Minderhaltung des
Begabungspreises.

Bestellungen nehmen alle
Buchhandlungen, in Neuenbürg
sowie die Buchhändler
überall entgegen.

Bestand Nr. 24 bei der
Postamt Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.
Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Koch'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

270.

Neuenbürg, Montag, den 21. November 1921.

79. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 19. Sept. Am Donnerstag, den 24. Nov., nachmittags 4 Uhr, wird der Landtag seine Vollkammern wieder eröffnen. Auf der Tagesordnung stehen neben zahlreichen anderen Angelegenheiten, auch verschiedene Große Anfragen, darunter die des Abg. Bazille (D.P.) betr. die Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921 über das Verbot periodischer Zeitschriften, die des Abg. Scheef (D.D.P.) betr. die Donauverehrung und die der Kommunisten betr. Presseverbote und die der Gewerkschafter der Firma Daimler; ferner die Forderung des Oberamtsbezirks und des Wohnungsabgabengesetzes, und endlich die zweite Beratung des Gesetzes betr. die staatliche Polizeiverwaltung.

Stuttgart, 19. Nov. Trotz der Drohungen der Kommunisten und der Begründung in Sozial-Blättern ist der Vortrag des Generals von der Goltz ohne größere Störung verlaufen. Die Arbeiter (D.P.) begrüßte die Redeenerklärung in der Rede, v. d. Goltz schätzte die Erfahrungen nach der gescheiterten und geschichtlichen Seite, vermischt mit politischen Erwägungen. Gegenüber den Linksextremisten wurden auch Beschlüsse unterdrückt, jedoch nach dem Vortrag persönliche Reden vor der Versammlung gefolgt wurden. Die Arbeiter hatte größere Vorkerkungen getroffen.

Stuttgart, 19. Nov. Am Dinstagabend nahmen die im Reichlichen Eisenbahnerverband zusammengekommenen Eisenbahner Groß-Stuttgarter Stellung gegen die Ueberführung des Privatbahnbetriebs in Privatwirtschaft. Bezirksleiter Schmidt verteidigte die Aufkündigung der Privatunternehmen bei Eisenbahnen und Ueberführung familiärer Arbeiten in den Staatsbetrieb. In einer Entschließung wird dies näher umschrieben, vor allem die Erweiterung der Eisenbahndienstleistungen zur Herstellung von neuen Fahrzeugen und aller Materialien, sowie die Modernisierung der Eisenbahnverwaltung mit konjunkturellem und technisch-wirtschaftlichen Grundgedanken unter Mitwirkung der Betriebs- und Beamtenräte verlangt.

Stuttgart, 19. Nov. Die Freitagsnummer der „Süddeutschen Arbeiterzeitung“ (bisher „Kommunist“) wurde durch die Reichliche Polizeidirektion auf Grund einer Verfügung der Landesregierung in ihrer Gesamtauflage beschlagnahmt. Der Brand hierfür ist in einem Artikel „Der Finnlandstreik“ in der „Goltz“ zu finden, weil dort die Arbeiterzeitung angegriffen wurde, die Verfassung in der Rede zu verstoßen. Die Komm. Partei hat im Landtag eine Große Anfrage in dieser Sache eingereicht, in der darauf hingewiesen wird, daß die „Schwab. Tagwacht“ am gleichen Tage in entsprechender Weise gegen den General und die Verfassung geschrieben habe und daß das Vorgehen gegen die „Süddeutsche Arbeiterzeitung“ deshalb ein einseitiger Willkürakt gegen das Organ der Komm. Partei sei. Gleichzeitig wurde eine Beschwerde an das Reichsministerium des Innern abgefaßt.

München, 19. Nov. Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ aus Düsseldorf melden, nahmen gestern französische Offiziere im Bezirk Düsseldorf in zwei Schlössern Hausdurchsuchungen nach geheime Waffensammlungen vor. In dem einen Schloß wurde nichts gefunden, in dem andern lediglich die Ausrüstung für die Batterie einer Batterie. Waffen wurden nicht gefunden.

Singen, 19. Nov. Die kirchlich hier bezeichnete Mutter eines Marokkaners, der ohne Grund den Arbeiter Franz Krödel in Singen getötet hat, ist von dem Reichstagsabgeordneten Herrero Kroll (Angelheim) zum Gegenstand einer Anfrage im Reichstag gemacht worden. Die Anfrage bezieht sich auf die nach unangenehm Tat in Ober-Engelheim, wo ein deutsches Mädchen erschossen wurde.

Berlin, 19. Nov. Im Reichstag erklärte Reichsfinanzminister Dermes, er könne noch kein vollständiges Programm der Einnahmemaßnahmen vorlegen, die notwendig seien, um zu einer Besserung der Situation zu kommen. Wenn man von einem Jahresumsatz der Milliarden gesprochen habe, so müsse man die ganze Tätigkeit dahin zusammenfassen, daß dieser Jahresumsatz zu erreichen, wo wir ihn aus unseren Kräften nicht bekommen können. Durch Einziehung größter Rückstellungen auf dem Gebiet der Eisenbahn findet man eine besondere Grundlage für die unbedingt kommende Diskussion mit der Entente über die Frage unserer Verpflichtungen aus dem Ultimatum. Entgegen dem Entschluß der Ausschüsse wurde der Reichstag vom Plenum des Reichstages angenommen.

Berlin, 19. Nov. Dem Reichstag ging der Gesetzentwurf zur Erweiterung der Geldstrafen zu. Nach diesem wird der Höchstbetrag der Geldstrafen, die in den reichs- und landesrechtlichen Strafgesetzen bei Verbrechen, Vergehen oder Übertretungen angedroht werden, auf das Fünffache, bei Verbrechen oder Vergehen aber auf mindestens 100 000 Mark erhöht. Der Höchstbetrag der in den reichs- und landesrechtlichen Strafgesetzen vorgesehenen Bußen wird auf das Fünffache erhöht.

Berlin, 19. Nov. Die deutsche Regierung hat bei der Ausschleppung der Besatzung des Reichsmontans durch die Marinekommission protestiert. — Die Entente macht hierbei auf der Ableitung der Reparationsraten am 11. Januar und 15. Februar bestehen. — Eine Meldung der Telegraphen-Union will wissen, daß Deutschland nach Washington vorgeladen werden soll. — Wie der „Berl. Volkszeitung“ erzählt, ist Hugo Stinnes bereits in London eingetroffen. Er wird, wie das Blatt mitteilt, mit Lloyd George verhandeln. Die Unterredungen dürften sich in der Hauptsache um die Frage der Kreditaktion drehen. Auch die deutsch-russischen Wirtschaftsverhältnisse sollen zur Verhandlung kommen. Der russische Duma Stinnes' in London werde sich auf unsichere Woche erstrecken.

auch um eine Erörterung der Frage einer Ueberführung vom staatlichen in den Privatbetrieb oder in einen gemeinschaftlichen Betrieb, wie bei dem staatlichen Berg- und Hüttenwerksbetrieb, gehandelt hat, mag dahingestellt sein; jedenfalls spielte die Frage der Unrentabilität der drei deutschen Bodenseeschiffahrtbetriebe eine Hauptrolle, was auch aus dem soeben bekannt gewordenen Ergebnis der Verhandlungen hervorgeht, demnach welchem die Güter- und Personentaxen auf den deutschen Bodenseeschiffahrtslinien ganz bedeutend, und zwar die Personentaxen um 100 Prozent erhöht werden sollen. Der Fahrtenplan würde demnach künftig auf dem ersten Schiffslauf 60 Pfennig, auf dem zweiten 40 Pfennig kosten. In Bezug auf den Fahrtenplan kommen aber namentlich auch alle seitherigen Vergünstigungen, wie die Abonnementbeste und andere.

Gewerbliche Regelung der Arbeitszeit.
Berlin, 19. Nov. Der sozialpolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich gestern mit dem Entwurf eines Gesetzes betr. die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter, der als Norm die sechsstündige Arbeitswoche festlegt. Die Unternehmern lehnten die gesetzliche Festlegung des achtstündigen Arbeitstages, abweichend von ihrer bisherigen Stellungnahme ab. Sie befürchteten eine Schädigung der Wirtschaft und halten das Washingtoner Uebereinkommen nicht für geeignet, eine Grundlage des Arbeitszeitgesetzes zu bilden. Die Arbeiter lehnten mit dem Arbeitgeber in der Rücksicht überein, daß auf die wirtschaftlichen Notwendigkeiten weitgehend Rücksicht genommen werden müsse. Der Abstimmungsbericht über keine Schädigung der Wirtschaft.

Eine Sanierung des Kreditangebots.
Berlin, 19. Nov. Gestern hat eine Kommissionierung des Verbandes der deutschen Industrie stattgefunden, welche sich auf die letzten Abendstunden bezog. Dieser Sitzung wohnten auch bevollmächtigte Vertreter der deutschen Bankwelt bei. Nach dem Teil recht lebhaften Verhandlungen ist beschlossen worden, ein von den Vertretern der Industrie wie der Bankwelt unterzeichnetes Schreiben an den Reichsanwalt zu richten. Dasselbe enthält, in dem sich nach der Behauptung der „Wolff. Zig.“ die Industrierepräsentanten im wesentlichen wieder zu dem ursprünglichen Münchener Beschluß des Reichsverbandes zurückwenden, wird von den beteiligten Kreisen als eine geeignete Grundlage zur Weiterführung der Kreditaktion und für Verhandlungen zur Aufnahme eines internationalen Kredits betrachtet.

Deutscher Reichstag.
Berlin, 19. Nov. Im Reichstag begab sich heute ein nachdenkliches Schauspiel. Herr Rabbat, der neue mehrheitsfähige Reichsminister der Justiz, hat bisher zu den schärfsten Anklagen unserer Rechtsprechung gehört. Kann ist er durch das Vertrauen seiner politischen Freunde Minister geworden und es ergibt ihm wie allen, die gezwungen, die Dinge zur Klärung auch einmal von oben anzuschauen. Aus dem glatten Theoretiker wird ganz sachte und allmählich ein Praktik. Auf der Tagesordnung stand ein Entwurf, der seinen Ursprung nach Herrn Rabbats Vorgänger, dem morgen nach Genf reisenden Minister Schäfer verdankt, ein Gesetz, das ganz ausgebrochen auf die Milderung der Rechtsvorsorge ausgeht. Das Anwendungsgebiet der Weidstrafe soll in ihm erweitert, die kurze Freiheitsstrafe nach Möglichkeit eingeschränkt werden. Den Unabhängigen und Kommunisten wurde es zum Anlaß, wider die Grausamkeit und überhöhte Maß der Strafvollzüge loszutreten, woraus nun wieder einmal ersehen kann — und die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder sollten sich das zur Belehrung dienen lassen — daß man es dieser Art Leute nicht machen kann. Herr Könen, der Kommunist, brachte den Vorschlag, Hungerstreik auf Tadel und Herr Kurt Rosenfeld von der unabhängigen Farbe spie die bayerische Regierung an, weil sie den Richter Toller, der sich im Münchener Nordstrahlens schließlich doch nicht immer als Richter betätigt hat, seinen Premierensitz einnahm. Herr Rabbat suchte diese Wäre aus der brennendsten Beleuchtung in das nichternte Licht des Tages zu rufen, der sentimentalische Strafe die schlichte Wahrheit entgegenzustellen. Aber da kam er wieder an. Als er den Hungerstreik eine heroische That nannte und daraufhin benannten Heroen ganz gesunde Verbrechen nachzuweisen, hob auf der äußersten Linken eine Frau-Ratione an. „Rabbat ist der typische Stinnes-Minister“ verhierte unter dem zunehmenden Gebrüll seiner Gefolgschaft Herr Könen, „ein Minister der Massenjustiz“, und da der Reichsminister Rabbat seinen Parteifreunden beizufügen sich bemühte, schwang der wackere Hölle drohend die Faust über ihn und meinte in harter Präzision: „Das kann nur ein so vollkommenes Subjekt wie Sie sagen“. Indes, Strafe und Körperliche Bedrohung verfehlten auf die verstockten Sünden der Mehrheit ihren Eintrag. Der kommunistische Antrag auf Freilassung der Hungerstreikenden wurde abgelehnt. Zur Prüfung der Anträge in den Gesetzausschüssen wird dann allerdings ein Ausschuss eingesetzt, aber in dem wird ein Zentrumsmann den Vorsitz führen und ein Deutschnationaler wird ihn unterstützen. Wohl! Das gleiche Geschick widerfuhr den Kommunisten hernach bei einer Interpellation über die angeblich unchristliche Behandlung russischer Handelschiffe in den Häfen von Stettin und Hamburg. Herr Köfer, der bei dieser Gelegenheit als Innenminister debütierte, las ihnen und den unabhängigen Freunden ein leicht ironisches Kollek über die Unzulänglichkeit sentimentaler Politik, schilderte an Hand erweislicher Tatsachen, wie würde die Sowjetregierung die von ihr wider alles geltende Völkerrecht verstoßene Exterritorialität ihrer Handelsdampfer dazu benutzte, um bolschewistische Agenten und kriminell im Land zu setzen, und verabschiedete die gelehrte Betrachtung durch eine Befragung der courtösen Brände, die gegen deutsche Schiffe und deutsche Rationisten die Sowjetregierung für angebracht halte. Die Redner der bürgerlichen Parteien, diesmal mit Einschluß der Reichssozialisten, versäumten nicht, die entsprechenden Nachanforderungen zu ziehen und alle Unrenten der radikalen Linken wurde zweifelslos verban. Der Reichstag hat sich bis zur zweiten Dezemberrunde vertagt.

Die Justizreformpläne Dr. Rabbats.
Berlin, 19. Nov. Der neue Reichsjustizminister Professor Dr. Rabbat gewährte einem „Vorwärts“-Redakteur ein Interview, dem die „B.Z.“ folgendes entnehmen:
An der Reform des Strafrechts nehme ich besonders großen Anteil. Der endgültige Entwurf dürfte im Frühjahr fertig sein. Gegenüber dem alten Strafgesetzbuch wird der neue Entwurf zweifellos gewaltige Fortschritte bringen. Im neuen Gesetz habe ich zunächst das sog. Gesetz zum Schutz der Person vor dem Strafrecht, das eine Strafschlimmung gegen öffentliche beschimpfende und verleserliche Äußerungen, sowie Kundgebungen, durch die die Staatsform, Staatsverfassung, Regierung oder Mitglieder der Regierung der Beschuldigung preisgegeben werden. Unter den Strafen, auf die erkannt werden kann, befindet sich auch der Amtsverlust. Wichtiges noch erscheint mir die neue Justizreform, deren Entwurf im Dezember vorliegen wird. Er bringt u. a. die durchgehende Laienbeteiligung in der ersten wie in der Berufungsinstanz. Eine Revision der Bestimmungen über die Auswahl der Schöffen und Geschworenen, endlich die Zulassung der Frauen zum Amt des Berufsrichters und Staatsanwalts usw. Eine Reform des Beschuldigungsrechtes liegt mir sehr am Herzen. Der Entwurf, den wir vorbereiten, sucht 1888 des bürgerlichen Gesetzbuches derart umzugestalten, daß das Beschuldigungsmoment ausgeschaltet wird und nur das Berrüttungsmoment übrig bleibt. Der Richter kann danach die Ehe lösen, wenn diese an sich so zerrüttet erscheint, daß die Fortsetzung eines oder beider Teilen nicht mehr zuzumuten werden kann. Was die Frage der Rechtsstellung des unehelichen Kindes anbelangt, so wird ein neuer Entwurf ausgearbeitet, der die Rechtsstellung des unehelichen Kindes bedeutend günstiger gestaltet. Was den Aufstieg hervorragend befähigter und praktisch erfahrener Elemente zum Berufsrichter anbelangt, die nicht den regelmäßigen Ausbildungsgang absolviert haben, so wird bei Gelegenheit der Studienreform auch diese Anordnung berücksichtigt werden. Auf dem Gebiet der Bürgergerichtsbarkeit werden wir die strafrechtlichen Möglichkeiten vollkommen erschöpfen. Alle Strafmittel außer der Todesstrafe und der lebenslänglichen Zuchthausstrafe sind eingesetzt worden. Die Hauptbelämpfung des Verbrechens muß mit wirtschaftlichen Maßnahmen erfolgen. Einen sehr breiten Raum in meiner Tätigkeit nimmt die große Begnadigungsaktion ein, die sich auf die von den Sondergerichten gefällten Urteile erstreckt. Sämtliche auf Instanz lautende Urteile der Sondergerichte werden nachgeprüft, auch ohne daß ein besonderes Gnadengebot vorliegt. Grundsätzlich werden alle Personen begnadigt, die als „Mittäfer“ des Aufhanges anzusehen sind.

Russland.
Paris, 19. Nov. Die wirtschaftliche Lage an den schweizerischen Grenzorten und Städten ist nach einer Meldung der „Reichsinformation“ geradezu katastrophal. Infolge der Isolierung des Schweizer Publikums in den letzten Wochen kann von einem Geschäftsgang in der Schweiz selbst kaum gesprochen werden. Am überhandt irgend welchen Absatz zu erzielen, müssen viele Geschäftsinhaber aller Branchen mit Verlust ihre Waren verkaufen.

Paris, 19. Nov. Nach dem „Reichsinformation“ soll die Rente von 1000 Franc auf 2000 Franc Sterling im Jahre schneit worden sein. — Frankreichs Antwort auf die britische Angora-Note lautet das Bestehen geheimer Abmachungen mit Kemal Pascha ab.

Reuport, 19. Nov. „Journal Office Commerce“ berichtet, Präsident Harding werde die 16 Handelsverträge, die mit den verschiedenen Auslandsmächten abgeschlossen worden sind, annullieren. — Präsident Harding hat die Proklamation des Friedens mit Österreich unterzeichnet.

Zur Arbeitslosenfrage. Centrales Urteil.
Bericht des belgischen Gesandten in Petersburg vom 30. Juli 1914: Unbestreitbar bleibt nur, daß Deutschland sich hier ebenso sehr wie in Wien bemüht hat, irgend ein Mittel zu finden, um einen allgemeinen Konflikt zu vermeiden.

Paris, 19. Nov. Nach dem Sonderberichterstatter des „Times“ in Washington beschäftigen sich die amerikanischen und englischen Zeitungs-Korrespondenten viel mit der Einschränkung der Landbevölkerung; viele von ihnen möchten, daß Britannien über eine Erklärung ähnlich der des Staatssekretärs Hughes über die Abrüstung zur See abgebe. Einzige englische Vertreter behaupteten, nach wie vor, die öffentliche Meinung Englands sei bereit, Frankreich Garantien zuzusichern, wenn es sich zu einer Abrüstung im größeren Umfang verhebe. Nach ihnen hätte Frankreich die Dienstpflicht abzuschaffen, worauf Italien und Japan das Gleiche tun würden. Die ersten sah auf die 700 000 englischen Gräber in französischer Erde. Diese Gedankenänge, sagt der Berichterstatter hinzu, konnten einen aus der Fassung bringen. Sie hätten viele Neugierde mit einem Verbrechen, zu bezahlen, wenn das Feuer gelöscht sei. Frankreich aber wolle den Ausbruch des Feuers verhüten. Denn England 1914 vor dem Kriege eine feste Schwade gefährt hätte, lägen nicht 700 000 Engländer und 1 800 000 Franzosen dazu unter der Erde. — Der ehemalige Vizepräsident der Vereinigten Staaten in Berlin, Hill, schreibt in der „New-York Tribune“, Briand werde mit Wichtigkeit das amerikanische Volk davon überzeugen, daß es für Frankreich nationales Selbstmord wäre, wenn es bei dem gegenwärtigen Zustand Europas die Waffen niederlege, gleichgültig, was seine Armeelösten werde. Die erste Voraussetzung für eine Verminderung der Landbevölkerung sei die Beilegung der Konfliktmöglichkeiten.

Die amerikanische Abrüstungskonferenz.
Ergebnis der Konferenz.
London, 19. Nov. Der Sonderberichterstatter des „New-York Herald“ in Washington glaubt vorauslagen zu können, daß die Konferenz zu folgenden vier Ergebnissen führen werde:

Die Justizreformpläne Dr. Rabbats.
Berlin, 19. Nov. Der neue Reichsjustizminister Professor Dr. Rabbat gewährte einem „Vorwärts“-Redakteur ein Interview, dem die „B.Z.“ folgendes entnehmen:
An der Reform des Strafrechts nehme ich besonders großen Anteil. Der endgültige Entwurf dürfte im Frühjahr fertig sein. Gegenüber dem alten Strafgesetzbuch wird der neue Entwurf zweifellos gewaltige Fortschritte bringen. Im neuen Gesetz habe ich zunächst das sog. Gesetz zum Schutz der Person vor dem Strafrecht, das eine Strafschlimmung gegen öffentliche beschimpfende und verleserliche Äußerungen, sowie Kundgebungen, durch die die Staatsform, Staatsverfassung, Regierung oder Mitglieder der Regierung der Beschuldigung preisgegeben werden. Unter den Strafen, auf die erkannt werden kann, befindet sich auch der Amtsverlust. Wichtiges noch erscheint mir die neue Justizreform, deren Entwurf im Dezember vorliegen wird. Er bringt u. a. die durchgehende Laienbeteiligung in der ersten wie in der Berufungsinstanz. Eine Revision der Bestimmungen über die Auswahl der Schöffen und Geschworenen, endlich die Zulassung der Frauen zum Amt des Berufsrichters und Staatsanwalts usw. Eine Reform des Beschuldigungsrechtes liegt mir sehr am Herzen. Der Entwurf, den wir vorbereiten, sucht 1888 des bürgerlichen Gesetzbuches derart umzugestalten, daß das Beschuldigungsmoment ausgeschaltet wird und nur das Berrüttungsmoment übrig bleibt. Der Richter kann danach die Ehe lösen, wenn diese an sich so zerrüttet erscheint, daß die Fortsetzung eines oder beider Teilen nicht mehr zuzumuten werden kann. Was die Frage der Rechtsstellung des unehelichen Kindes anbelangt, so wird ein neuer Entwurf ausgearbeitet, der die Rechtsstellung des unehelichen Kindes bedeutend günstiger gestaltet. Was den Aufstieg hervorragend befähigter und praktisch erfahrener Elemente zum Berufsrichter anbelangt, die nicht den regelmäßigen Ausbildungsgang absolviert haben, so wird bei Gelegenheit der Studienreform auch diese Anordnung berücksichtigt werden. Auf dem Gebiet der Bürgergerichtsbarkeit werden wir die strafrechtlichen Möglichkeiten vollkommen erschöpfen. Alle Strafmittel außer der Todesstrafe und der lebenslänglichen Zuchthausstrafe sind eingesetzt worden. Die Hauptbelämpfung des Verbrechens muß mit wirtschaftlichen Maßnahmen erfolgen. Einen sehr breiten Raum in meiner Tätigkeit nimmt die große Begnadigungsaktion ein, die sich auf die von den Sondergerichten gefällten Urteile erstreckt. Sämtliche auf Instanz lautende Urteile der Sondergerichte werden nachgeprüft, auch ohne daß ein besonderes Gnadengebot vorliegt. Grundsätzlich werden alle Personen begnadigt, die als „Mittäfer“ des Aufhanges anzusehen sind.

Russland.
Paris, 19. Nov. Die wirtschaftliche Lage an den schweizerischen Grenzorten und Städten ist nach einer Meldung der „Reichsinformation“ geradezu katastrophal. Infolge der Isolierung des Schweizer Publikums in den letzten Wochen kann von einem Geschäftsgang in der Schweiz selbst kaum gesprochen werden. Am überhandt irgend welchen Absatz zu erzielen, müssen viele Geschäftsinhaber aller Branchen mit Verlust ihre Waren verkaufen.

Paris, 19. Nov. Nach dem „Reichsinformation“ soll die Rente von 1000 Franc auf 2000 Franc Sterling im Jahre schneit worden sein. — Frankreichs Antwort auf die britische Angora-Note lautet das Bestehen geheimer Abmachungen mit Kemal Pascha ab.

Reuport, 19. Nov. „Journal Office Commerce“ berichtet, Präsident Harding werde die 16 Handelsverträge, die mit den verschiedenen Auslandsmächten abgeschlossen worden sind, annullieren. — Präsident Harding hat die Proklamation des Friedens mit Österreich unterzeichnet.

Zur Arbeitslosenfrage. Centrales Urteil.
Bericht des belgischen Gesandten in Petersburg vom 30. Juli 1914: Unbestreitbar bleibt nur, daß Deutschland sich hier ebenso sehr wie in Wien bemüht hat, irgend ein Mittel zu finden, um einen allgemeinen Konflikt zu vermeiden.

Paris, 19. Nov. Nach dem Sonderberichterstatter des „Times“ in Washington beschäftigen sich die amerikanischen und englischen Zeitungs-Korrespondenten viel mit der Einschränkung der Landbevölkerung; viele von ihnen möchten, daß Britannien über eine Erklärung ähnlich der des Staatssekretärs Hughes über die Abrüstung zur See abgebe. Einzige englische Vertreter behaupteten, nach wie vor, die öffentliche Meinung Englands sei bereit, Frankreich Garantien zuzusichern, wenn es sich zu einer Abrüstung im größeren Umfang verhebe. Nach ihnen hätte Frankreich die Dienstpflicht abzuschaffen, worauf Italien und Japan das Gleiche tun würden. Die ersten sah auf die 700 000 englischen Gräber in französischer Erde. Diese Gedankenänge, sagt der Berichterstatter hinzu, konnten einen aus der Fassung bringen. Sie hätten viele Neugierde mit einem Verbrechen, zu bezahlen, wenn das Feuer gelöscht sei. Frankreich aber wolle den Ausbruch des Feuers verhüten. Denn England 1914 vor dem Kriege eine feste Schwade gefährt hätte, lägen nicht 700 000 Engländer und 1 800 000 Franzosen dazu unter der Erde. — Der ehemalige Vizepräsident der Vereinigten Staaten in Berlin, Hill, schreibt in der „New-York Tribune“, Briand werde mit Wichtigkeit das amerikanische Volk davon überzeugen, daß es für Frankreich nationales Selbstmord wäre, wenn es bei dem gegenwärtigen Zustand Europas die Waffen niederlege, gleichgültig, was seine Armeelösten werde. Die erste Voraussetzung für eine Verminderung der Landbevölkerung sei die Beilegung der Konfliktmöglichkeiten.

Die amerikanische Abrüstungskonferenz.
Ergebnis der Konferenz.
London, 19. Nov. Der Sonderberichterstatter des „New-York Herald“ in Washington glaubt vorauslagen zu können, daß die Konferenz zu folgenden vier Ergebnissen führen werde:

Die Justizreformpläne Dr. Rabbats.
Berlin, 19. Nov. Der neue Reichsjustizminister Professor Dr. Rabbat gewährte einem „Vorwärts“-Redakteur ein Interview, dem die „B.Z.“ folgendes entnehmen:
An der Reform des Strafrechts nehme ich besonders großen Anteil. Der endgültige Entwurf dürfte im Frühjahr fertig sein. Gegenüber dem alten Strafgesetzbuch wird der neue Entwurf zweifellos gewaltige Fortschritte bringen. Im neuen Gesetz habe ich zunächst das sog. Gesetz zum Schutz der Person vor dem Strafrecht, das eine Strafschlimmung gegen öffentliche beschimpfende und verleserliche Äußerungen, sowie Kundgebungen, durch die die Staatsform, Staatsverfassung, Regierung oder Mitglieder der Regierung der Beschuldigung preisgegeben werden. Unter den Strafen, auf die erkannt werden kann, befindet sich auch der Amtsverlust. Wichtiges noch erscheint mir die neue Justizreform, deren Entwurf im Dezember vorliegen wird. Er bringt u. a. die durchgehende Laienbeteiligung in der ersten wie in der Berufungsinstanz. Eine Revision der Bestimmungen über die Auswahl der Schöffen und Geschworenen, endlich die Zulassung der Frauen zum Amt des Berufsrichters und Staatsanwalts usw. Eine Reform des Beschuldigungsrechtes liegt mir sehr am Herzen. Der Entwurf, den wir vorbereiten, sucht 1888 des bürgerlichen Gesetzbuches derart umzugestalten, daß das Beschuldigungsmoment ausgeschaltet wird und nur das Berrüttungsmoment übrig bleibt. Der Richter kann danach die Ehe lösen, wenn diese an sich so zerrüttet erscheint, daß die Fortsetzung eines oder beider Teilen nicht mehr zuzumuten werden kann. Was die Frage der Rechtsstellung des unehelichen Kindes anbelangt, so wird ein neuer Entwurf ausgearbeitet, der die Rechtsstellung des unehelichen Kindes bedeutend günstiger gestaltet. Was den Aufstieg hervorragend befähigter und praktisch erfahrener Elemente zum Berufsrichter anbelangt, die nicht den regelmäßigen Ausbildungsgang absolviert haben, so wird bei Gelegenheit der Studienreform auch diese Anordnung berücksichtigt werden. Auf dem Gebiet der Bürgergerichtsbarkeit werden wir die strafrechtlichen Möglichkeiten vollkommen erschöpfen. Alle Strafmittel außer der Todesstrafe und der lebenslänglichen Zuchthausstrafe sind eingesetzt worden. Die Hauptbelämpfung des Verbrechens muß mit wirtschaftlichen Maßnahmen erfolgen. Einen sehr breiten Raum in meiner Tätigkeit nimmt die große Begnadigungsaktion ein, die sich auf die von den Sondergerichten gefällten Urteile erstreckt. Sämtliche auf Instanz lautende Urteile der Sondergerichte werden nachgeprüft, auch ohne daß ein besonderes Gnadengebot vorliegt. Grundsätzlich werden alle Personen begnadigt, die als „Mittäfer“ des Aufhanges anzusehen sind.

Russland.
Paris, 19. Nov. Die wirtschaftliche Lage an den schweizerischen Grenzorten und Städten ist nach einer Meldung der „Reichsinformation“ geradezu katastrophal. Infolge der Isolierung des Schweizer Publikums in den letzten Wochen kann von einem Geschäftsgang in der Schweiz selbst kaum gesprochen werden. Am überhandt irgend welchen Absatz zu erzielen, müssen viele Geschäftsinhaber aller Branchen mit Verlust ihre Waren verkaufen.

Paris, 19. Nov. Nach dem „Reichsinformation“ soll die Rente von 1000 Franc auf 2000 Franc Sterling im Jahre schneit worden sein. — Frankreichs Antwort auf die britische Angora-Note lautet das Bestehen geheimer Abmachungen mit Kemal Pascha ab.

Reuport, 19. Nov. „Journal Office Commerce“ berichtet, Präsident Harding werde die 16 Handelsverträge, die mit den verschiedenen Auslandsmächten abgeschlossen worden sind, annullieren. — Präsident Harding hat die Proklamation des Friedens mit Österreich unterzeichnet.

Zur Arbeitslosenfrage. Centrales Urteil.
Bericht des belgischen Gesandten in Petersburg vom 30. Juli 1914: Unbestreitbar bleibt nur, daß Deutschland sich hier ebenso sehr wie in Wien bemüht hat, irgend ein Mittel zu finden, um einen allgemeinen Konflikt zu vermeiden.

Paris, 19. Nov. Nach dem Sonderberichterstatter des „Times“ in Washington beschäftigen sich die amerikanischen und englischen Zeitungs-Korrespondenten viel mit der Einschränkung der Landbevölkerung; viele von ihnen möchten, daß Britannien über eine Erklärung ähnlich der des Staatssekretärs Hughes über die Abrüstung zur See abgebe. Einzige englische Vertreter behaupteten, nach wie vor, die öffentliche Meinung Englands sei bereit, Frankreich Garantien zuzusichern, wenn es sich zu einer Abrüstung im größeren Umfang verhebe. Nach ihnen hätte Frankreich die Dienstpflicht abzuschaffen, worauf Italien und Japan das Gleiche tun würden. Die ersten sah auf die 700 000 englischen Gräber in französischer Erde. Diese Gedankenänge, sagt der Berichterstatter hinzu, konnten einen aus der Fassung bringen. Sie hätten viele Neugierde mit einem Verbrechen, zu bezahlen, wenn das Feuer gelöscht sei. Frankreich aber wolle den Ausbruch des Feuers verhüten. Denn England 1914 vor dem Kriege eine feste Schwade gefährt hätte, lägen nicht 700 000 Engländer und 1 800 000 Franzosen dazu unter der Erde. — Der ehemalige Vizepräsident der Vereinigten Staaten in Berlin, Hill, schreibt in der „New-York Tribune“, Briand werde mit Wichtigkeit das amerikanische Volk davon überzeugen, daß es für Frankreich nationales Selbstmord wäre, wenn es bei dem gegenwärtigen Zustand Europas die Waffen niederlege, gleichgültig, was seine Armeelösten werde. Die erste Voraussetzung für eine Verminderung der Landbevölkerung sei die Beilegung der Konfliktmöglichkeiten.

Die amerikanische Abrüstungskonferenz.
Ergebnis der Konferenz.
London, 19. Nov. Der Sonderberichterstatter des „New-York Herald“ in Washington glaubt vorauslagen zu können, daß die Konferenz zu folgenden vier Ergebnissen führen werde:

1. über die Abrüstung zur See werde eine Abmachung zustande kommen, die getrennt von jeder anderen unterzeichnet und möglicherweise sogar noch vor Vertagung der Konferenz dem Senat zur Ratifizierung vorgelegt werden; 2. es werde zu irgend einer Abmachung über China kommen, mittels freiwilliger Aufgabe gewisser Rechte der Mächte in China und einer neuen Bekräftigung der Politik der offenen Tür; 3. es bestehe wenig Aussicht auf eine Verständigung über die Abrüstung zu Lande. Dieser Punkt werde möglicherweise erst in einem oder zwei Jahren zur Beratung gelangen, wenn die Lage der gesamten Welt mehr geklärt sei; 4. es werde möglicherweise irgend eine Abmachung über Verwendung von Giftgasen und flüssigem Feuer, über Unterseeangriffe auf bewaffnete Kaufschiffe und über Luftangriffe auf offene Städte getroffen werden. Die Verwendung dieser Kampfmittel bei abgeklärter Kriegsführung werde durch eine Abmachung verworfen werden.

Frankreich und die Abrüstungsfrage.

Washington, 19. Nov. Der französische Ministerpräsident hat in einem Interview erklärt, daß seine Rede zur Frage der Abrüstung zu Lande am kommenden Montag kein Vorschlag auf Frankreich sein werde, sondern nur die Lage Frankreichs im Hinblick auf die Abrüstung darstellen werde. Frankreich lege wenig Lust, den Vordruck in Europa zu spielen. Es sei nur Aussicht nötig, so lange Deutschland an seinen Methoden festhalte. Nur die polnische Armee verbünde, daß sich die deutsche mit der russischen Armee vereinige. Nur Polen und Frankreich bewahren Europa vor einem Chaos, Frankreich wünsche den Frieden, wenn Deutschland sich ändere und ein Land wie andere abgerüstete Länder werde. Aus einer solchen Aenderung werde Frankreich dann die nötigen Folgerungen ziehen. Um das zu erreichen, müßten große Aufwendungen zu machen. Menschen wie Kapitalkraft könnten viel besser verwendet werden. Für Frankreich behände das oberste Gebot: die eigene Sicherheit zu wahren.

Die Liebenswürdigkeiten, mit denen Briand das „anzioberkerke“ Deutschland bedankt, kann man übergehen, denn solche Schmähungen reichen an Deutschland nicht heran. Um so deutlicher muß aber ausgesprochen werden, daß die Gründe, die Briand für die Aufrechterhaltung der französischen Deserteure anführt, ungeheurer Schwundel und nur darauf berechnet sind, den mit europäischen Verhältnissen nicht hinreichend vertrauten Amerikanern Sand in die Augen zu streuen. Es wirkt geradezu grotesk, wenn Briand von dem 100.000-Mann-Heer des Friedensvertrags als von einer Armee spricht, die durch Verbindung mit der russischen „Armee“ den Frieden Europas gefährden könne. Wozu, das angeht die Aufgabe hat, diese Verbindung zu verhindern, verflut über die dreifache Stärke der deutschen Wehrmacht Frankreich über die neunfache. Das ist ein „Sicherheitsfaktor“, der die Unsicherheit in Europa vermindert wird. In der amerikanischen Doctrin hat man denn auch wenig Verständnis für den französischen militärischen Standpunkt, wenn gleich man dort unwehrlidherweise mit dem Gedanken einer französischen Rheingrenze zu vielen scheint.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Reutlingen, 21. Nov. Ein Tag im Jahre ist den Toten frei. Der gefragte Totensonntag brachte die Gedächtnisfeier für die Toten, insbesondere die im Kriege Gefallenen. Die Feier nahm einen erhabenen, würdigen Verlauf. Unsere Stadtkirche war gedrängt voll; der Kriegerverein mit Fahne nahm ebenfalls teil zum ehrenden Gedenken an die im Weltkrieg gefallenen Kameraden. Dehn Dr. Meierlein predigte in eindringlichen und kraftvollen Worten über Jesaja 35, 10: Die Gelassen des Herrn werden wiederkommen und gen Zion kommen mit Jauchzen; ewige Freude wird über ihrem Haupte sein; Freude und Wonne werden sie empfinden, und Schmerz und Seufzen wird entfliehen. Die Predigt, welche vornehmlich auch die Kriegsdopfer, deren Opfermut und Tugend behandelte, Trost den Hinterbliebenen spendete und von der Kraft der Liebe eine bereite Sprache redete, machte tiefen Eindruck. Verschiedene der Feier durch Vorträge des Kirchenchores und der an diesem Tage vereinigten Sängler des Liederkranzes und des Turnerengesangsvereins.

Calmbach, 21. Nov. Von 1494 Wahlberechtigten stimmten bei der gestrigen Ortsvorwahlen 1192 gleich 80 Prozent ab. Davon entfielen auf den bisherigen Ortsvorsteher H. J. H. 506 Stimmen, der Gegenkandidat, Schultheiß K. P. H. 686 Stimmen, erhielt 385 Stimmen, 10 Stimmen waren unglücklich, 1 unangesehen.

Schwann, 21. Nov. Gestern am Totensonntag wurde hier eine Gedenktafel aus Eisenholz mit gelatinierter Umrahmung für 30 Krieger von Schwann eingeweiht. Sie wurde gestiftet von beiden in Newark (Amerika) wohnenden Schwanner Högern; Friede. W. A. Müller und dessen Schwiegervater Julius A. A. H. Der Entwurf ist von Prof. Schuster in Stuttgart.

Die Liebe siegt.

Roman von Erich Edenstein.

„Miß mir jetzt sagen, was das heißen soll? Ist alles noch so verhasst in den Puscheln, oder ist's nur Possen, das du mir das Spiel verdröben willst?“
„Nicht das eine und nicht das andere“, murmelte Martina tonlos. „Bloß... unecht Gut gebelst nicht — schwabbt mir vor! Schon einmal haben wir's erfahren müssen allgew.“
„Diesmal stell ich's gefälliger an!“
„Aber ich will nicht!“ fuhr sie festig auf. „Mir taugt's, wie alles ist! Er ist gut zu mir... viel besser, als du wärst, wenn...“
Da trat der Lammwied wieder in die Stube und sie schloegen.
Zwischen Weihnachten und hl. Dreikönig fuhr der Lammwied dann in aller Stille nach Bruch hinaus. Quirin hatte dafür geforgt, daß sein Mißtrauen gegen Giedel zur Todesangst geworden war.
Um eine neue Drehschneidmaschine wollte er sich umschauen, sagte er so belläufig zu den Hausleuten, brachte aber keine mit.
„In Ordnung ist's!“ sagte er zu Martina, als sie abends mit Quirin allein in der Stube saßen. „Und wie sich eine Gelegenheit gibt, sag ich's dem Giedel, daß er nichts zu hoffen hat von mir.“
Martina tat keine Frage. Reglos saß sie da und starrte zu Boden.

XVII.

Tief eingeschneit lag der Forsthof. Tagelang hatte es geschneit, während graublauer Nebelwolken über Berg und Tal lagerten und die Schneewälle immer höher stiegen. Kein Laut hörte die tiefe Einsamkeit des Bergwinters hier oben. In Stall und Haus mußte den halben Tag Licht gebrannt werden, denn nicht einmal um Mittag wurde es ganz hell, und der Weg zum Brunnen ging zwischen Schneewandern.
„Wird ein hartes Niedergehen werden, heut zur Melten“, sagte der Forst, der in schlaffer Haltung an seinem

gart, nach dessen Angaben und unter dessen unsichtiger Leitung das Ganze auch ausgeführt wurde. Die Aufschrift lautet: Den Toten von Schwann 1914 bis 1918 zum Gedächtnis, den Lebenden zur Mahnung. In der Predigt wurde die Schriftstelle auf der Gedächtnistafel Röm. 14, 7-9 zugrunde gelegt. Mit dieser Gedächtnistafel hat die Kirche hier einen würdigen und schönen Schmuck erhalten. Die große Kirchengemeinde wird diese zeitgemäße Stiftung dankbar in Ehren halten.

Württemberg.

Stuttgart, 18. Nov. (Zur Mittelhandsnothilfe.) Durch eine Bekanntmachung des Ministeriums des Kirchen- und Schulwesens wird die Sammlung der Württ. Mittelhandsnothilfe den Schulaufsichtsbehörden, Schulleitern und Lehrern an allen Schulen empfohlen. Sie sollen auf die Sammlung eindringlich hinweisen und ihr auch sonst weitgehende Förderung zuteil werden lassen.

Reutlingen a. St., 18. Nov. (Industrie-Erweiterung.) In der Württ. Metallwarenfabrik hier sind große Erweiterungen und Neubauten geplant. Der Betrieb soll so ausgebaut werden, daß er 8000 Beschäftigte aufnehmen vermag. Auch Arbeitswohnungen sind in dem Bauprogramm vorgesehen.

Tübingen, 18. Nov. Mit was die Gerichte befaßt sind. Ein hartnäckiger Grenzstreit ist der Sensenschmied Wilhelm Krim in Reutlingen. Er hat im letzten Sommer beim Grasmähen wiederholt seinem an seine Wiese angrenzenden Nachbarn Klett ein Stück von etwa 30 Meter Länge und einem halben Meter Breite abgemäht. Krim wurde mit einer Polizeistrafe von 4 M. belegt, er beantragte dagegen gerichtliche Entscheidung, das Amtsgericht Reutlingen erbot aber die Strafe auf 20 M. Immer noch nicht zufrieden, legte er beim Landgericht Berufung ein, die aber von der Strafkammer verworfen wurde. — Nicht minder hartnäckig hat sich der Kaufmann Josef Berthold in Reutlingen erwiesen. Verurteilt wurde er durch das Amtsgericht Reutlingen eines Strafbeschlusses über 50 M., weil sein Hund auf der Markung Remminadheim laute. Die Strafkammer verworf die Berufung unter Aufhebung der Kosten beider Instanzen.

Ulm, 18. Nov. Einem dreifachen Verdröben ist eine aus einem Bezirk gebürtige, vor dem Krieg hier mohndhafte Kriegswitwe zum Opfer gefallen. Die Witwe soll den heir. Mann in Mainz bei dem Besuch einer Freundin, einer Landsmännin, kennen gelernt haben. Der Bräutigam brachte einige Tage vor der Hochzeit in säkularer Weise die Hausbesuchsfahrt ufm. zur Bahn anschließend zur Beladung nach Mainz. Der Hochzeitstag kam heran; alles Barten auf den Bräutigam war vergebens. Man wurde schließlich frugig und erhaltete Anzeige bei der Staatsanwaltschaft. Es stellte sich denn heraus, daß der Bräutigam ein von den Behörden längst gefuchter Verbrecher und Hochstapler ist, der schon öfters Deliktswindeln und dergleichen begangen haben soll. Den Daudrat der Frau hatte er auf der Bahn nicht nach Mainz, sondern nach Stuttgart aufgegeben, wo ihn gleich Vorkwelder in Empfang nahmen und verhafteten.

Baden.

Forstheim, 18. Nov. Der Verdröbenungsanspruch der Stadt hat im Auftrage des Stadtrats dem badischen Landtag die in einer Sitzung gefassten Beschlüsse über die Teuerungsverhältnisse unterbreitet. Darin wird der Landtag ersucht, bei der Reichsregierung Maßnahmen zu veranlassen, die eine weitere Verdröbenung unterbinden. Ferner möge der Landtag dahin wirken, daß die badische Regierung die mahg. henden Dienststellen erneut anweist, bei Füllen der Verdröbenerei und des Wunders nur die schärfsten Strafen zu verhängen. Das Strafverfahren dürfe nicht wie bisher verschleppt werden. Da die Schöffengerichte die Sachlage vielfach zu verkennen scheinen, sollten nur die höchsten Freiheitsstrafen (Gefängnis und Justizhaus) verhängt sein und Strafmitderungen dürfe es unter keinen Umständen mehr geben.

Uudenfeld, 18. Nov. Ein hervorragender Rittwärter ist mit dem verstorbenen Bezirksfeuerhauwer und Bauhauwer Karl Michael Schmidt hier zur ewigen Ruhe eingegangen. Er machte den Feldzug 1870 bis 71 als Obergefreiter beim 13. Fußartillerie-Regiment mit, begründete als begeisteter Turner den hiesigen Turnverein und rief den Veteranenverein ins Leben, den er lange Jahre wie auch den Militärverein als Vorstand führte. Der Freiw. Feuerweh gebürte er als Leutnant an. In den 20 Jahren seiner Tätigkeit als Bezirks-Feuerhauwer und Bauhauwer hat er sich die Hochachtung und Verehrtheit weiter Kreise erworben. Schon längere Jahre war seine Gesundheit nicht die beste, bis nun ein Schlaganfall seinem arbeitsamen Leben ein Ziel setzte. Mit der Witwe und fünf Söhnen, welche alle eigenen Hausstand haben, trauern diese Gemeindeglieder am den Verstorbenen.

Was unter dem Hausaltar saß und einen alten Kalender vor sich aufgeschlagen liegen hatte. „Vielleicht doch, daß du daheim bleiben möchtest, Angela? Könnte dich zu viel angehen das Waten im Schnee.“

Angela, die am Ofen neben der Wndel saß und spann, lächelte sorglos.

„Deswegen braucht der Vater keine Angst zu haben. Bin ja jetzt immer krank. Die Alm hat mich ganz gesund gemacht. Köcher, wenn's zu arg werden soll — ihre blauen Augen glitten schelmisch zu Michel hinüber, der, ein ganzes Regiment Griefel vor sich, eifrig mit dem Einsetzen derselben beschäftigt war — „wird ja wohl der Michel so gut sein und mir ein wenig helfen über die argen Stellen. Gelt Michel?“

Der junge Knacht nickte stumm, warf aber dann einen scheuen, forschenden Blick nach dem Vater hinüber.

Dieser blinnte starrer und bekümmert drein, sagte aber nichts.

„Erst, als Angela unwillkürlich so recht aus tiefstem Herzensgrund aufseufzte, rief er unwirsch zu ihr hinüber: „Nach Festerabend, Dien — das Herumboden in der Stube alleweil paßt mir nicht! Euch lieber die Steigleisen aufzusamen und gib sie dem Hausel, daß er sie beiseiten an die Stiefel bringt. Ohne Steigleisen kommen wir heute nicht hntunter nach Obgenbach.“

Schweigend verließ Angela die Stube.

Der Forst war aufgestanden und wanderte eine Weile

und sagte:

„Es nuht nichts, Michel — wird es selbst einsehen — zu Nichts muß gehen!“

Michel senkte den Kopf noch tiefer auf den Stiefel, den er eben in der Hand hielt, und antwortete ergeben: „Ich seh's ein, Bauer. Werde ich mich halt um einen andern Dienst schauen.“

„Nicht, daß ich was hätte gegen dich“, fuhr der Forst bekümmert fort, im Gegenfall. „Bist ein braver Knacht, und ich werde dich hart geraten. Auch sonst — mit der Dien — ich weiß wohl, daß ich mich verlassen kann auf dich...“

„Das Wunt ihr, Bauer. Hab's nie vergessen, wer ich bin und... wer sie ist. Deswegen hab ich schon dagamal nimmer auf die Alm mögen.“

Karlsruhe, 19. Nov. Der Amtmann Baumann von Karbach ist bekanntlich pensionlos des Dienstes entlassen worden, weil er sich weigerte, den Eid auf die neue Verfassung zu leisten. Auf seine Klage hat ihm aber das Landgericht Karlsruhe die Pension zugesprochen, weil die Dienstentlassung ohne Einhaltung der gesetzlichen Formvorschriften geschehen war. Dies Urteil wurde von der sozialistischen Chemnitzer Volksstimme mit beleidigenden Ausdrücken gegen die Richter getroffen und eine unerhörte Parteiunbill genannt. Das Schöffengericht Chemnitz hat nun am 18. Oktober 1921 auf den Antrag des badischen Justizministeriums den verantwortlichen Schlichter der „Chemnitzer Volksstimme“ zu der höchstens nach dem Gesetz zulässigen Geldstrafe von 600 Mark, sowie zu dem Kostenverurteilt. Das Gericht hat festgestellt, daß die in dem Urteil enthaltenen, schweren beleidigenden Vorwürfe offensichtlich über jede Kenntnis von dem wirklichen Sachverhalt hinaus über die Verübung der Feiler des Anlasses gegen das Berufsgericht erhoben worden sind. Von einer Gefängnisstrafe wurde schließlich mit Rücksicht darauf abgesehen, daß der verantwortliche Schlichter weder wegen Beleidigung noch sonst irgendwelcher Verbrechen vorbestraft war. Der Artikel wurde auch vom Karlsruher „Volksfreund“ nachgedruckt. Der „Volksfreund“ wick der Beurteilung durch eine Erklärung aus, in der er überaus lebhaft seine Entschuldigung ausdrückt. Er ist zum größten Teil durch Verdröbenung gedruckt. Das Werk beschlagnahmte 190 bis 200 Arbeiter, die jedoch nicht arbeitslos werden, denn sie werden bei den Auftragsarbeiten und Wiederherstellungsarbeiten beschäftigt. Man hofft, das Werk binnen drei Monaten wieder aufbauen zu können. Eine größere Anzahl Arbeiter wird durch den Brand aber in indirekter Weise arbeitslos werden, und die Firma für Häuserbauten große Aufträge hatte, die im nicht erfüllt werden können. In den Drien und Trockenräumen befinden sich rund 500.000 teils fertige Holzlegete; im Werk neuankauf waren neben verschiedenen Kleinmaschinen und Werkzeugen auch große Maschinen in Betrieb. In allen diesen Räumen wurden während den letzten Jahren dauernd Verbesserungen angebracht; Holzträger wurden durch Eisenträger ersetzt usw. Jedoch alle Vorrichtungsarbeiten bedacht waren.

Lehr, 18. Nov. Eine französische Kontrollkommission unternahm gestern vormittag eine Kontrolle der Pulvermagazine und Scheibenschieße, um sich zu überzeugen, ob nicht auch Munition oder Geschosse oder dergleichen vorhanden sind.

Konstanz, 19. Nov. In dem Großfeuer in den Holzlegete werden der Firma Plattner & Kramer werden noch folgende Ergänzungen gemeldet: Das Holzlegete bietet einen großen Trümmerhaufen. Der Schaden wird von sachverständigen Seite auf 4 1/2 Millionen Mark geschätzt. Er ist zum größten Teil durch Verdröbenung gedruckt. Das Werk beschlagnahmte 190 bis 200 Arbeiter, die jedoch nicht arbeitslos werden, denn sie werden bei den Auftragsarbeiten und Wiederherstellungsarbeiten beschäftigt. Man hofft, das Werk binnen drei Monaten wieder aufbauen zu können. Eine größere Anzahl Arbeiter wird durch den Brand aber in indirekter Weise arbeitslos werden, und die Firma für Häuserbauten große Aufträge hatte, die im nicht erfüllt werden können. In den Drien und Trockenräumen befinden sich rund 500.000 teils fertige Holzlegete; im Werk neuankauf waren neben verschiedenen Kleinmaschinen und Werkzeugen auch große Maschinen in Betrieb. In allen diesen Räumen wurden während den letzten Jahren dauernd Verbesserungen angebracht; Holzträger wurden durch Eisenträger ersetzt usw. Jedoch alle Vorrichtungsarbeiten bedacht waren.

Basel, 18. Nov. Der 31 Jahre alte in Basel wohnende deutsche Staatsangehörige Gottlieb Bollinger hatte mit zwei Begleitern die Grenze unbefugt überschritten und wurde nach wiederholtem Anruf von einem Grenzbeamten nach Munde mehrerer Schreihüsse durch Wustenschuß tödlich getroffen. Die Durchschingung des Herzens förderte einen größeren Bluterguss und geschwundelte Schokolade zutage. Die beiden Begleiter wurden verhaftet.

Heidelberg, 18. Nov. Der Reibebtrag an Wohnungszinsen unserer Stadt ist auf rund 3000 angewachsen. Das höchste Bauprogramm seit 1892 neue Wohnungen vor. In seine Durchführung soll für 1922 der Betrag von 33 Millionen Mark auf dem Wege der Kapitalaufnahme beschafft werden. Hierin sind 3 Millionen Mark durch den Mietertrag zu versetzen und zu tilgen, 30 Millionen Mark durch die Erhebung eines Zuschlags zur Wohnungsabgabe in Höhe von 1 Prozent zu decken.

Bermischtes.

Remmingsen, 18. Nov. Der Wörder Angerer, der bekanntlich eine Leberstochter auf heimliche Weise hingerichtet hatte, wurde zum Tode verurteilt. Er nahm das Urteil ruhig und gefaßt an.

Die Stuttgarter Hofkammer macht Schule. Zur Befestigung des Wirtschaftsdirektoriums hat der Stadtrat Windheim im bayerischen Schwaben die Einführung einer Rechenbuchführung beschlossen. Der nach der Vollziehung noch im Wirtsdamm getroffen wird, hat gegen einen Scheinlohn von 5 M. zu entscheiden, in der zweiten Stunde nach der Vollziehung 10 M., in der dritten 20 M., in der vierten 40, in der fünften 80 M. usw. Für den Eingang der Beträge ist jeweils der Hofkammer verantwortlich.

Zweite Traubenernte. In einer Gartenanlage in Gorb. a. Rh. hat es in diesem Jahre zum zweitenmal reiffe Trauben gegeben. Die alte Witte reifte im August ein und die neue Frucht konnte noch zur vollständigen Reife gelangen. Diesmal ist gewiß ebenso selten wie der, daß vor etwa zwei Wochen in der Kirchengangend Frauenstein bei Wiesbaden Kirchengänge unter dem Einfluß des langen, warmen Nachkommens zum zweiten Male in diesem Jahre reiffe Früchte zeigten.

„Weiß es, Michel! Und um das war's nicht, daß du bloß ein armer Findling bist, mich ich dir sagen! Ist's nicht rechtchaffen Braver auch daneben... aber so ist's einmahl. Du hast nichts — und mitgeben kann ich dir nichts! Kommt mich hart genug an, daß ich's euch vertragen muß, denn ich bin die einzige, die mir treu verbleiben ist, und lieber ich ich schon glücklich, als — so...“

Er wandte sich gerührt ab.

Wenn der Leonhard halt eine Reiche ins Haus gebracht hätte beizelten, dann könnt' ich wohl anders um uns abel. So aber hat er erst nur's Wldern im Kopf gehabt, und ich — weißt ich, was ihn abgedrückt hat davon! Wird schon in unfreies Herrgottes Willen sein, daß kein Glück soll sein an Forsthof...“

Michel erhob sich und packte seine Stiefel zusammen, um die Stube zu verlassen.

„Reicht kommt's doch noch, das Glück, Bauer“, sagte er tröstend, „soll ja auch eine Braue sein, die Miers!“

„Drauf in der Arbeit, soll schon. Aber sonst so viel Notterhoffig, Michel!“ flüsterete der Forst, denn drauzen wurden Schritte laut. „Ich hab kein recht's Frauen zu ihrer Wld! Erst neulich hat wer gesagt, der Moosbüchler Michel wär mit ihr gesehen worden...“

Er verstumte, denn Leonhard trat ein. Michel verließ die Stube. Raum war er draußen, als Leonhard dem Mier einen unheimlichen Blick zuwarf, und sagte: „Vater — zu reden hält ich halt was mit Euch!“

„So? Wird's mich wohl nicht krenn dann, wenn ich glaube, es handelt sich um die Lahnbauern Dien?“

„Ja, Vater! Erst machen ich ich wohl schon gern mit ihr, wenn Ihr nichts dawider habt. Ich bin in den Säcken, und Ihr... erst gestern habt Ihr gesagt, Ihr tut Euch schon hart mit der Arbeit jetzt...“

„Selbst ist es wahr. Wird schon gut, wenn ein anderer für mich einspringen wollt, und daß ich Wunte in die Ausnahm! Hab auch just nichts gegen die Miers! — Ihr Verdienst ist's, daß du dich verdammt Wldern hast sein lassen — des verze ich dir nicht. So will ich nichts dawider haben, deswohl sie kein Geld ins Haus bringt... bloß etns, Leonhard, laßt mir keine Ruhe... die richtige Lieb zwischen euch?“

(Fortsetzung folgt.)

Handel und Wirtschaftliche Weltmarkt. In der Berliner Rundschau, mehr 329, sondern 200. Punkte des Ertragsverhältnisses. Hervorragend ist die Bilanz der Deutschen Reichsbank. Die Reichsbank hat im Vergleich mit dem Vorjahre eine Ertragssteigerung von 100 Prozent erzielt. Die Reichsbank hat im Vergleich mit dem Vorjahre eine Ertragssteigerung von 100 Prozent erzielt.

Handel und Wirtschaftliche Weltmarkt. In der Berliner Rundschau, mehr 329, sondern 200. Punkte des Ertragsverhältnisses. Hervorragend ist die Bilanz der Deutschen Reichsbank. Die Reichsbank hat im Vergleich mit dem Vorjahre eine Ertragssteigerung von 100 Prozent erzielt.

Handel und Wirtschaftliche Weltmarkt. In der Berliner Rundschau, mehr 329, sondern 200. Punkte des Ertragsverhältnisses. Hervorragend ist die Bilanz der Deutschen Reichsbank. Die Reichsbank hat im Vergleich mit dem Vorjahre eine Ertragssteigerung von 100 Prozent erzielt.

Handel und Wirtschaftliche Weltmarkt. In der Berliner Rundschau, mehr 329, sondern 200. Punkte des Ertragsverhältnisses. Hervorragend ist die Bilanz der Deutschen Reichsbank. Die Reichsbank hat im Vergleich mit dem Vorjahre eine Ertragssteigerung von 100 Prozent erzielt.

Handel und Wirtschaftliche Weltmarkt. In der Berliner Rundschau, mehr 329, sondern 200. Punkte des Ertragsverhältnisses. Hervorragend ist die Bilanz der Deutschen Reichsbank. Die Reichsbank hat im Vergleich mit dem Vorjahre eine Ertragssteigerung von 100 Prozent erzielt.

Handel und Wirtschaftliche Weltmarkt. In der Berliner Rundschau, mehr 329, sondern 200. Punkte des Ertragsverhältnisses. Hervorragend ist die Bilanz der Deutschen Reichsbank. Die Reichsbank hat im Vergleich mit dem Vorjahre eine Ertragssteigerung von 100 Prozent erzielt.

Handel und Wirtschaftliche Weltmarkt. In der Berliner Rundschau, mehr 329, sondern 200. Punkte des Ertragsverhältnisses. Hervorragend ist die Bilanz der Deutschen Reichsbank. Die Reichsbank hat im Vergleich mit dem Vorjahre eine Ertragssteigerung von 100 Prozent erzielt.

Handel und Wirtschaftliche Weltmarkt. In der Berliner Rundschau, mehr 329, sondern 200. Punkte des Ertragsverhältnisses. Hervorragend ist die Bilanz der Deutschen Reichsbank. Die Reichsbank hat im Vergleich mit dem Vorjahre eine Ertragssteigerung von 100 Prozent erzielt.

Handel und Wirtschaftliche Weltmarkt. In der Berliner Rundschau, mehr 329, sondern 200. Punkte des Ertragsverhältnisses. Hervorragend ist die Bilanz der Deutschen Reichsbank. Die Reichsbank hat im Vergleich mit dem Vorjahre eine Ertragssteigerung von 100 Prozent erzielt.



